

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

23.02.2019 /19.20-19.50 Uhr
24.02.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Vor dem zweiten Trump-Kim-Gipfel – diesmal mit echter Abrüstungschance?
- Nach der Kündigung des INF-Abrüstungsvertrages – Rüstungskontrolle vor dem Aus? Interview mit Dr. Oliver Meier, Stiftung Wissenschaft und Politik
- Referendum über US-Stützpunkt auf Okinawa – Belastung für die amerikanisch-japanischen Beziehungen?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Bei uns geht es heute um diese Themen:

- Vor dem zweiten Trump-Kim-Gipfel – diesmal mit echter Abrüstungschance?
- Nach der Kündigung des INF-Abrüstungsvertrages – Rüstungskontrolle vor dem Aus? Hierzu ein Interview. Und:
- Referendum über US-Stützpunkt auf Okinawa – Belastung für die amerikanisch-japanischen Beziehungen?

Wie geht es weiter mit dem nordkoreanischen Atom- und Raketenprogramm? Seit dem Gipfel zwischen US-Präsident Trump und Machthaber Kim Jong-un im Juni in Singapur hat es zwar keine Atomtests oder Raketenstarts mehr gegeben - aber wie es zu der angekündigten Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel kommen soll, ist weiter ungewiss. Denn die bisherigen Gespräche haben keinerlei Fortschritte gebracht. Nach dem Willen von Donald Trump soll sich das in der kommenden Woche ändern. Dann trifft der US-Präsident näm-

lich erneut mit Kim Jong-un zusammen, diesmal in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi. Doch ist so viel Optimismus angebracht? Jerry Sommer ist dieser Frage nachgegangen.

Manuskript Jerry Sommer

Patrick Köllner, der Direktor des Hamburger GIGA-Instituts für Asienkunde, ist optimistisch: Der Gipfel zwischen US-Präsident Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un werde ein Erfolg:

O-Ton Köllner

„Die Nordkoreaner wie auch die USA unter Trump haben ein Interesse daran, dass etwas Substanzielles dabei herauskommt. Sowohl Trump als auch Kim wollen hier ein politisches Vermächtnis hinterlassen.“

Ein erfolgreicher Gipfel setzt aber nicht voraus, dass die schwierigsten und strittigsten Probleme bereits in Hanoi gelöst werden. Das sei unwahrscheinlich, aber jetzt auch noch nicht notwendig, sagt der Rüstungsexperte Jim Walsh vom „Massachusetts Institute of Technology“:

O-Ton Walsh (overvoice)

„Ich erwarte nicht, dass es bei den komplexeren Themen wie Denuklearisierung oder Friedensordnung auf der koreanischen Halbinsel zu einer umfassenden Vereinbarung kommt. Denn es gab ja in den vergangenen acht Monaten kaum wirkliche Verhandlungen. Aber sie werden Fortschritte machen. Denn beide Seiten wollen in der Lage sein, hinterher den Gipfel als Erfolg darzustellen.“

Die Nordkoreapolitik sei schließlich der einzige nennenswerte außenpolitische Erfolg von Trump, meint Jim Walsh. Und damit wolle er auch 2020 in den Präsidentschaftswahlkampf ziehen.

Zwar hat es zwischen Nordkorea und den USA nach dem ersten Gipfel zahlreiche Kontakte gegeben - aber wirkliche Verhandlungen auf Arbeitsebene haben erst im vergangenen Monat begonnen. Die Zeit für die Ausarbeitung eines umfassenden Abkommens bis zum Gipfel am 27. Februar ist einfach zu kurz. Denn es gibt viele Streitpunkte. Fragen wie: Schließt die zugesagte Denuklearisierung Nordkoreas auch einen Verzicht auf zivile Kernkraftwerke und Raketentechnologie ein? Und: Ist die in der Singapur-Erklärung angestreb-

te neue „Friedensordnung“ für die koreanische Halbinsel möglich, wenn US-Truppen in Südkorea stationiert bleiben? - Über solche und ähnliche Fragen kann man sich nicht so schnell verständigen. Trotzdem sind Fortschritte und eine Annäherung möglich, um das Verhältnis der beiden Länder weiter zu entspannen.

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un ist es aus Machterhaltungsgründen ernst mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den Mittelpunkt zu stellen, sagt der Asienexperte Hanns Günther Hilpert von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ in Berlin:

O-Ton Hilpert

„Die Nordkoreaner sind interessiert daran, dass die Sanktionen fallen und dass der Prozess der kapitalistischen wirtschaftlichen Entwicklung eine Breite und durch den Handel oder auch Investitionen mit dem Ausland etwas an Fahrt gewinnt.“

Zudem hat Nordkorea wohl mehrere Dutzend Atomsprengköpfe und auch Raketen unterschiedlicher Reichweite, mit denen es meint, einen US-Angriff abschrecken zu können. Damit hat das Land jetzt einen größeren Verhandlungsspielraum. Denn die Vernichtung sämtlicher Atomwaffen und Raketen würde erst am Ende eines Prozesses stehen, nicht am Anfang, glaubt Patrick Köllner vom Hamburger GIGA-Asien-Institut:

O-Ton Köllner

„Es ist klar, dass Nordkorea nicht dazu bereit ist, sämtliche Nuklearanlagen und Trägersysteme wirklich in kürzerer Zeit abzuschaffen. Ich denke aber, dass ein gewisses Spiel gegeben ist. Denn Nordkorea braucht, um seine eigene Sicherheit zu gewährleisten, nicht eine unbeschränkte Menge von nuklearem Spaltmaterial und damit verbundenen Trägersystemen.“

Schon vor dem ersten Gipfel hatte Nordkorea erklärt, keine weiteren Atom- und Raketentests durchzuführen. Donald Trump hatte in Singapur - ebenfalls einseitig - die Großmanöver der US- und südkoreanischen Streitkräfte ausgesetzt, bei denen bisher auch sogenannte Enthauptungsschläge gegen die nordkoreanische Führung geübt wurden. Beide Seiten haben sich bisher an ihre Ankündigungen gehalten. Es ist denkbar, dass die USA und Nordkorea auf dem Gipfel in Vietnam diese Moratorien gemeinsam verbindlich vereinbaren.

Kim Jong-un hat inzwischen zudem mehrfach seine Bereitschaft erklärt, die nuklearen Anlagen in Yongbyon stillzulegen und zu zerstören. Dort befindet sich unter anderem die Wiederaufbereitungsanlage, in der Plutonium für Atomsprengeköpfe hergestellt wird. Eine Schließung dieser Anlagen, möglichst unter internationaler Kontrolle, könnte ebenfalls ein realistisches Ziel des zweiten Gipfels sein.

Allerdings: Solch eine Vereinbarung ist nicht ohne substanzielle Zugeständnisse auch der USA denkbar. In den vergangenen Monaten wurden des Öfteren Aussagen aus der US-Administration kolportiert, nach denen die USA erst eine vollständige Denuklearisierung Nordkoreas verlangten, bevor sie ihrerseits beispielsweise zur Aufhebung von Sanktionen bereit seien. Inzwischen ist Washington jedoch von einigen maximalistischen Positionen abgerückt und flexibler geworden. Der Nordkorea-Beauftragte der USA, Steven Biegun, hat versichert, dass Washington keinen Regime-Change in Nordkorea anstrebe. Er bekannte sich mit Blick auf die Verhandlungen stattdessen zu - so Biegun wörtlich - „simultanen und parallelen Aktionen“. Dabei geht es um gleichzeitige Fortschritte in mehreren Bereichen: der nuklearen Abrüstung Nordkoreas; der Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Pjöngjang und der Entwicklung einer „Friedensordnung“ auf der koreanischen Halbinsel. Zu welchen Konzessionen die USA bereit sind, ist jedoch noch unklar. Jim Walsh vom „Massachusetts Institute of Technology“:

O-Ton Walsh (overvoice)

„Die USA können nicht darauf bestehen, dass vorerst alle Sanktionen vollständig in Kraft bleiben. Denn das wäre für die Nordkoreaner nicht akzeptabel. Außerdem würden damit Südkoreas Pläne zur Vertrauensbildung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Nordkorea verhindert.“

Nord- und Südkorea haben zum Beispiel auf mehreren Gipfeltreffen im vergangenen Jahr anvisiert, nordkoreanische Bahnlinien mit südkoreanischem Kapital zu modernisieren. Außerdem soll die Wirtschaftszone Kaesong und ein Tourismusgebiet in Nordkorea wiedereröffnet werden. Diese Projekte wären möglich, wenn ein Teil der UN-Sanktionen durch Ausnahmegenehmigungen aufgehoben wird. Allerdings müsste die Veto-Macht USA dieses Vorgehen billigen.

Weitere US-„Gegenleistungen“ liegen auf politischer Ebene. Nordkorea und die USA haben offiziell keine diplomatischen Beziehungen miteinander. Dieser Zustand könnte schrittweise beendet werden, indem beide Seiten in den jeweiligen Hauptstädten erst einmal diplomatische Verbindungsbüros einrichten - als Vorstufe zu Botschaften. Auch könnten Schritte vereinbart werden, um den offiziell immer noch geltenden Kriegszustand zwischen den USA und Nordkorea aufzuheben, meint Hanns Günther Hilpert von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Hilpert

„Die Nordkoreaner fordern eine Erklärung zum Ende des Koreakrieges. Ein Waffenstillstandsabkommen haben wir ja seit 1953. Aber es geht um eine Erklärung, dass der Krieg beendet ist. Das wäre dann die Voraussetzung dafür, dass man in Friedensverhandlungen einsteigen könnte.“

Der Gipfel in Singapur im vergangenen Jahr hat das Eis zwischen den USA und Nordkorea gebrochen. Zwar hat keine Seite in der Zwischenzeit Zugeständnisse gemacht, die über das Atom- und Raketentestmoratorium auf der einen Seite und der Aussetzung militärischer Großmanöver auf der anderen Seite hinausgehen - doch offensichtlich haben sowohl Kim Jong-un als auch Donald Trump ein Interesse, die Entspannungspolitik zwischen beiden Ländern fortzusetzen. Insofern ist zu erwarten, dass auf dem Gipfel in Hanoi diesmal konkrete Schritte zur nuklearen Abrüstung und zur politischen bzw. wirtschaftlichen Entspannung vereinbart werden. Voraussetzung ist jedoch, dass beide Seiten bereit sind, sich von Maximalforderungen zu verabschieden. In den USA dürften zudem die Befürworter einer Regime-Change-Politik gegenüber Nordkorea nicht die Oberhand bei dem impulsiven Präsidenten gewinnen, hofft Jim Walsh vom „Massachusetts Institute of Technology“:

O-Ton Walsh (overvoice)

„In der US-Administration gibt es Leute, die Verhandlungen mit Nordkorea von ganzem Herzen ablehnen, zum Beispiel Sicherheitsberater John Bolton. Vielleicht arbeiten sie hinter den Kulissen daran, Probleme zu verursachen, um so die ganze Richtung wieder zu ändern.“

Doch selbst wenn der Gipfel erfolgreich ist und es in Hanoi zu konkreten Vereinbarungen kommt: Der Prozess zur Denuklearisierung und Schaffung einer

stabilen Friedensordnung auf der koreanischen Halbinsel hätte damit erst begonnen.

* * *

Flocken:

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Die USA haben Anfang des Monats den INF-Vertrag über ein Verbot von langgestützten Mittelstreckenraketen gekündigt. Die Begründung: Russland habe die Vereinbarung verletzt, weil es eine Rakete entwickelt habe, mit einer Reichweite deutlich über 500 Kilometer. Die russische Regierung weist diesen Vorwurf zurück, spricht von einem Flugkörper der maximal 480 Kilometer fliegen könne. Moskau fühlt sich nun ebenfalls nicht mehr an den INF-Vertrag gebunden. Und in dieser Woche hat Präsident Putin die Entwicklung und die Indienststellung neuer Waffensysteme angekündigt.

Steht die Rüstungskontrolle nun vor dem Aus? Darüber habe ich mit dem Rüstungsexperten Oliver Meier von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ gesprochen. Die Kündigung des INF-Vertrages wird Anfang August wirksam. Vor allem die Europäer, aber auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg, wollen den Abrüstungsvertrag in der verbleibenden Zeit noch retten. Ich habe Oliver Meier gefragt, ob eine solche Rettungsaktion Chancen hat:

Interview Andreas Flocken / Dr. Oliver Meier

Meier: Also es sieht nicht gut aus für den INF-Vertrag. Denn beide Seite haben den Vertrag jetzt suspendiert. Die Frist läuft bis zum zweiten August, bis der Vertrag dann tatsächlich nicht mehr rechtsgültig ist. Und es fehlt bisher das erkennbare Bemühen - zumindest einer der beiden Seiten - hier zu einer Lösung zu kommen, die zu einer Klärung der Vorwürfe beitragen könnte und möglicherweise auch zu einer Heilung der Vertragsverstöße - wenn sie denn festgestellt werden sollten.

Flocken: Kritiker werfen den USA vor, der Trump-Regierung gehe es streng genommen gar nicht um die russische Vertragsverletzung. Vielmehr hätten die USA an dem bilateralen Vertrag gar kein Interesse mehr, weil China und auch andere asiatische Staaten von diesem Vertrag überhaupt nicht erfasst werden. Und auch Russland halte einen bilateralen Vertrag nicht mehr für zeitgemäß. Wie sehen Sie das? Passt der INF-Vertrag überhaupt noch in die heutige veränderte sicherheitspolitische Landschaft?

Meier: Die Tatsache, dass Donald Trump im Oktober, als er angekündigt hat, dass die USA diesen Vertrag aufkündigen werden, auch China ins Feld geführt hat, ist als Begründung schon ein bisschen ironisch. Denn das war ursprünglich ein russisches Argument. Russland hat gesagt, es gibt eine ganze Reihe von Staaten, die, seitdem der Vertrag 1987 abgeschlossen worden ist, mittlerweile neu hinzugekommen sind - in den Club der Besitzerstaaten solcher landgestützter Mittelstreckensysteme. Die USA haben dieses Argument nun übernommen, vor allem den Bezug auf China. Das ist insofern nicht ganz nachvollziehbar, weil die Möglichkeiten, in der Region landgestützte Mittelstreckenwaffen zu stationieren - und nur um solche geht es ja in dem Vertrag - relativ begrenzt sind. Das müsste dann in Südkorea passieren, in Japan oder auf Guam. Die USA haben aber schon eine ganze Reihe von luft- und seegestützten Mittelstreckenwaffen in der Region. Von daher kann die militärische Notwendigkeit bezweifelt werden. Der Eindruck drängt sich auf, dass das doch eher ein argumentatives Hilfskonstrukt war, um diesen Ausstieg zu begründen. Der Eindruck, der erweckt wird, ist zudem uneinheitlich, je nachdem, mit wem die Trump-Administration hier redet. Mal wird Russland ins Feld geführt, mal China.

Flocken: Präsident Putin hat ja vor einigen Jahren ebenfalls schon mal deutlich gemacht, dass man den INF-Vertrag für nicht mehr angemessen halte. Jetzt möchte Moskau an diesem Vertrag offiziell weiterhin festhalten. Das ist doch ein Widerspruch.

Meier: Ja, das ist tatsächlich auch nicht sehr glaubwürdig. Denn Russland hat schon vor mehr als zehn Jahren gesagt - 2007 gab es sogar einen Generalver-

sammelungsbeschluss, damals auch von den Amerikanern unterstützt - dass man den Vertrag multilateralisieren und andere Staaten mit einbeziehen will. Jetzt auf einmal, nachdem der Austritt der USA feststeht, beschwört man diesen Vertrag und will ihn erhalten. Auch da fehlt die Glaubwürdigkeit. Das ist das Problem mit der Argumentation von beiden Seiten. Man versucht hier den Eindruck zu erwecken, man müsse diesen Vertrag aufkündigen, um dann einen besseren Deal zu verhandeln. Entweder um ihn um neue Mitglieder zu erweitern oder um neue Technologien mit einzubeziehen. Beides ist an sich notwendig. Aber bei beiden Richtungen, in die man gehen könnte, ist es natürlich viel einfacher, wenn tatsächlich der Vertrag - so wie er besteht - erhalten bleibt. Es ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum es einfacher werden sollte, den Vertrag zu modernisieren, wenn man ihn erstmal aufkündigt.

Flocken: Die Kündigung des INF-Vertrages tritt Anfang August in Kraft. Die Befürchtung geht nun um, dass die USA nach der INF-Kündigung auch den New Start-Vertrag nicht verlängern werden - also den Vertrag über strategische Waffen. Es gibt die Befürchtung, jetzt kommt das Aus für die Rüstungskontrolle. Es gibt ja noch andere Vereinbarungen, wie den Open-Skies-Vertrag, der Inspektionsflüge über den Staaten erlaubt. Droht wirklich das Ende der Rüstungskontrolle oder ist das nicht etwas übertrieben?

Meier: Also was akut droht, ist das Ende der nuklearen Rüstungskontrolle zwischen den beiden nuklearen Großmächten. Russland und USA, das kann man nicht oft genug sagen, verfügen über rund 90 Prozent der weltweit noch vorhandenen Atomwaffen. Es gibt noch knapp 15.000 Sprengköpfe in der Welt. Und, nach dem Ende des INF-Vertrages, droht nun, dass der New Start-Vertrag nicht verlängert wird. Der Vertrag läuft im Februar 2021 aus. Es gibt, das muss man auch sagen, in der Welt ansonsten gar keinen nuklearen Rüstungskontrollverträge zwischen den anderen sieben nuklearen Besitzerstaaten. Und da wäre dann tatsächlich das Ende der Fahnenstange erreicht. Das fügt sich ein, in einen langen Trend der Aufkündigung auch anderer Rüstungskontrollverträge. Er beginnt mit dem ABM-Vertrag 2002, der durch die USA aufgekündigt worden ist. Zu nennen ist der Vertrag über konventionelle Rüs-

tungskontrolle KSE in Europa, den Russland suspendiert hat. Die Befürchtung ist, dass sich die Reihe fortsetzen wird.

Flocken: Aber wie können die Europäer, insbesondere Deutschland - das sich diesbezüglich ja sehr engagiert, dass die Rüstungskontrolle in Gang bleibt - wie können die anderen Staaten die nukleare Rüstungskontrolle sozusagen fortsetzen, obwohl sie ja nicht unmittelbar an diesen Verträgen beteiligt sind?

Meier: Ja, das ist genau das Dilemma in dem sich die Europäer befinden. Ein Vertrag, der sie unmittelbar betrifft, wird zwischen den beiden nuklearen Großmächten geschlossen und auch gekündigt. Bei der Entscheidung, aus dem INF-Vertrag auszusteigen, wurden die Europäer auch von Seiten der USA allenfalls rudimentär konsultiert. Das verheißt nichts Gutes, auch für die Möglichkeit der Europäer, neue Impulse zu setzen, wie das etwa im Kalten Krieg geschehen ist. Dass man hier versucht, mitzugestalten - beispielsweise auch über die NATO.

Flocken: Wie soll das geschehen?

Meier: In der Vergangenheit war es ja so, dass man über Rüstungskontrolle zusammen diskutiert hat. Über Fragen der Abschreckung wird ja jetzt auch diskutiert; also über eine Art neuer Doppelbeschluss, der ein Verhandlungsangebot an Moskau kombiniert mit der Entscheidung über eine gewisse militärische Antwort. Das ist das Modell, das viele im Kopf haben. Aber ich bin skeptisch, ob das dieses Mal funktionieren kann. Man muss eben auch sagen, die politischen Führungen in Moskau und Washington sind anders als in den 80er Jahren. Heute sind sie weniger bereit, die Bedeutung von Rüstungskontrolle anzuerkennen. Sie haben ein teilweise besorgniserregendes Verhältnis zu Atomwaffen. Sie reden sehr verantwortungslos über die eigenen Nuklearwaffenbestände. Und dass diese Führungen - und wahrscheinlich auch die Führungen, die Trump und Putin nachfolgen werden - in ein Rüstungskontrollprozess einsteigen werden, da bin ich relativ skeptisch.

Flocken: Russland wird von den USA und den NATO-Staaten vorgeworfen, mit dem SSC-8-Marschflugkörper eine Waffe entwickelt und stationiert zu haben, die eine Reichweite von mehr als 500 Kilometer hat und damit eine Verletzung des INF-Vertrages sei. Wenn wir mal zurückblicken: ist die heutige Situation vergleichbar mit der Situation Ende der 1970er Jahre, als die Sowjetunion damals SS-20-Raketen stationiert hatte, die die westlichen Hauptstädte erreichen konnten? Damals war ja von einer Raketenlücke die Rede. Gibt es jetzt möglicherweise erneut eine Raketenlücke?

Meier: Nein – das glaube ich nicht, das die tatsächlich existiert. Damals waren die SS-20 tatsächlich ein Game-Changer, die die strategischen Beziehungen, das strategische Gleichgewicht massiv verändert haben. Es gab damals auch keine anderen Mittelstreckenwaffen, die von westlicher Seite den SS-20 entgegengesetzt werden konnten. Heute ist die Lage ganz anders, weil es eine Reihe von luft- und seegestützten Systemen gibt, die durch den INF-Vertrag nicht erfasst werden, die die gleiche Reichweite haben und von daher in das strategische Gleichgewicht einfließen. Ein weiterer Punkt der anders ist: Damals erhoffte man sich, die USA über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen enger an Europa zu binden. Hier die tatsächlich erweiterte Abschreckung zu untermauern, ist heute – glaube ich – so nicht erreichbar. Denn das Problem für die Glaubwürdigkeit von Abschreckung liegt nicht darin, dass wir zu wenig Atomwaffen oder Mittelstreckenwaffen in Europa haben. Das Hauptproblem liegt tatsächlich im Weißen Haus und in dem Gerede von Donald Trump über die NATO und die Sicherheitsverpflichtungen der USA in Bezug auf Europa.

Flocken: Gespräche über den umstrittenen SSC-8-Marschflugkörper waren bisher nicht erfolgreich. Die Rede ist von rund 60 Raketen, die stationiert sein sollen. Bei den konventionellen Streitkräften sind die NATO-Staaten aber weit überlegen - wenn man das komplette Militärpotenzial und Verteidigungsausgaben mit einbezieht. Ist es denn zwingend notwendig, auf die umstrittenen 60 Waffensysteme zu reagieren? Gibt es hier einen Handlungsbedarf oder könnte man das nicht viel gelassener sehen?

Meier: Ja, es ist tatsächlich so, dass hier die Bedeutung dieser Stationierung - die Rede ist von vier Bataillonen - noch nicht die Qualität hat wie die Stationierung der SS-20 in den 70er Jahren. Aber man muss sagen, es ordnet sich natürlich ein in einen größeren Trend der Aufrüstung - auch Russlands - und der Umrüstung. Die USA stehen am Fuße eines großen Modernisierungsprogramms. Sie wollen in den nächsten 30 Jahren etwa eine Billion Dollar für die Modernisierung ihrer Atomwaffen ausgeben. Das ist schon eine erhebliche Summe. Und da liegt das Problem: Atomwaffen werden tatsächlich aufgewertet. Insgesamt. Das gilt auch für die anderen sieben Besitzerstaaten. Und man muss versuchen, dem entgegenzuwirken.

Flocken: NATO-Generalsekretär Stoltenberg und auch die NATO-Botschafterin der USA haben praktisch ausgeschlossen, dass das Bündnis mit der Stationierung von Atomraketen in Europa auf die russischen SSC-8-Flugkörper reagieren wird. Erwogen wird offenbar die Stationierung von Marschflugkörpern mit konventionellen Sprengköpfen. Wäre das eine adäquate Reaktion?

Meier: Es wäre eine Reaktion. Die Frage ist aber, warum wir tatsächlich neue landgestützte Marschflugkörper brauchen. Was ist der Vorteil gegenüber den teilweise auch sehr modernen und sehr fähigen Systemen, die wir beispielsweise schon jetzt luftgestützt haben? Die Polen haben beispielweise schon vor einigen Jahren solche Systeme beschafft. Die Frage ist, ob das nicht ausreicht und ob man sich selber ins Unrecht setzen muss, indem man den INF-Vertrag dann faktisch verletzt, obwohl er dann natürlich nicht mehr rechtsgültig ist. Da sollte man tatsächlich nüchtern schauen, was hier der sicherheitspolitische Gewinn und auch die sicherheitspolitischen Kosten sind, die mit einer solchen Entscheidung verbunden werden.

Flocken: Die USA und auch die anderen NATO-Mitglieder sind sich einig, dass Russland mit der SSC-8 den INF-Vertrag verletzt hat, weil die Rakete eine Reichweite von mehr als 500 Kilometern hat. Der Öffentlichkeit haben die Regierungen aber bisher keine klaren Belege vorgelegt. Grundlage sind offenbar Geheimdienst-Erkenntnisse. Moskau wiederum bestreitet eine Vertragsverletzung. Müssen die westlichen Regierungen nicht endlich mal reinen Tisch ma-

chen und auch öffentlich Belege auf den Tisch legen, um zu zeigen, dass Russland im Grunde genommen diesen INF-Vertrag verletzt hat?

Meier: Ja, das wäre sicherlich hilfreich, wenn wir mehr Fakten und mehr Informationen hätten, um diese Vorwürfe auch tatsächlich unabhängig bestätigen zu können. Ein Problem ist sicherlich, dass die Informationen, die die USA insbesondere geliefert haben, seit 2014, als die Beschuldigung das erste Mal öffentlich erhoben wurde, kleckerweise kamen. Es kamen dann im Abstand von mehreren Jahren immer wieder Informationen. Und das hat dann dazu geführt, dass erst im letzten Dezember tatsächlich auch die anderen NATO-Staaten, sich dieser amerikanischen Position angeschlossen haben. Russland hat am 23. Januar eine Präsentation gemacht. Diese Präsentation reicht natürlich überhaupt nicht aus, um überprüfen zu können, ob die russischen Behauptungen zutreffen oder nicht - dass man den Vertrag nicht verletze. Das müsste man überprüfen können. Um in eine solche Überprüfung einzusteigen, wäre es aber notwendig, dass man Russland auch anbietet, bestimmte russische Besorgnisse ernst zu nehmen. Diese sind aller Voraussicht nach unzutreffend. Aber genau deswegen scheint es mir möglich, Russland einzuladen, beispielweise die Raketenabwehr-Basen in Rumänien zu besuchen und zu inspizieren, um so zumindest herauszufinden, ob das russische Gesprächsangebot wirklich ernst gemeint ist.

Flocken: Es ist manchmal zu hören, dass die INF-Kündigung zu einer Spaltung der NATO führen könne, weil die NATO natürlich unterschiedliche Interessen hat. Der polnische Außenminister war ja in einer ersten Reaktion durchaus bereit, auch Atomwaffen in Europa zu stationieren. Der deutsche Außenminister hat das aber abgelehnt. Werden die vorhandenen Risse oder Interessenunterschiede im Bündnis durch diese INF-Kündigung jetzt möglicherweise noch größer werden? Und könnte das dann damit insgesamt zu einer Schwächung der NATO führen, weil man sich politisch nicht einig ist?

Meier: Die Gefahr besteht. Und das ist möglicherweise auch ein russisches Kalkül. Es ist möglicherweise auch ein Kalkül dafür, dass man so intransparent ist. Mit der Absicht, diese Frage am köcheln zu behalten und diese Diskussion

in der NATO zu befördern - also diese schwierigen Diskussionen, um eine angemessene Reaktion. Positiv ist sicherlich, dass von allen NATO-Staaten im Moment betont wird, dass man gemeinsam reagieren will - auch von Seiten der USA. Die Gefahr, die im Hintergrund lauert ist, dass wenn es in der NATO nicht möglich sein sollte, einen Beschluss über die Stationierung von konventionellen oder nuklearen Mittelstreckensystemen herbeizuführen, die USA versuchen werden, solche Systeme auf der Basis von bilateralen Verträgen mit den Stationierungsstaaten durchzuführen.

Flocken: Das heißt konkret?

Meier: Man könnte mit den Staaten, die hier besonders an einer solchen Stationierung interessiert sind ...

Flocken: Polen zum Beispiel?

Meier: Polen beispielsweise. Hier könnte man dann direkte Abkommen schließen. Das ist schon mal passiert, wenn man zurückdenkt: Die George W. Bush-Administration hat damals Raketenabwehr-Systeme in Polen und Tschechien nicht über die NATO stationiert, sondern bilaterale Abkommen abgeschlossen. Erst Obama hat das dann 2009 korrigiert und dieses Raketenabwehr-System zu einem NATO-System gemacht. Diese Gefahr droht bei dieser Administration tatsächlich. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung zu untermauern. Zum Beispiel indem die USA strategische Systeme zeitweise in Europa einfliegen, etwa strategische Bomber. Oder auch strategische U-Boote für einen gewissen Zeitraum oder im Rahmen von Manövern immer mal wieder in Europa in Erscheinung treten lassen und dadurch klar machen und signalisieren, dass sie der europäischen Sicherheit verbunden bleiben. Das wären meiner Meinung nach, angesichts der Wankelmütigkeit der Trump-Administration, aus europäischer Sicht sogar bedeutsamere Symbole der Verbundenheit und der transatlantischen Solidarität als die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen.

* * *

Flocken:

Oliver Meier von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ zur Kündigung des INF-Vertrages. Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Nach Japan. Dort sind rund 50.000 US-Soldaten stationiert. Der größte Teil auf der Insel Okinawa - sehr zum Verdruss der Einwohner dort, die sich seit langem für eine gerechte Verteilung der US-Truppen auf das ganze Land einsetzen. Streit gibt es insbesondere um den geplanten neuen Großstützpunkt Henoko. An diesem Wochenende findet hierzu auf Okinawa ein Referendum statt. Einzelheiten von unserer Japan-Korrespondentin Kathrin Erdmann:

Manuskript Kathrin Erdmann

Danny Tamaki ist seit vergangenem Herbst Gouverneur von Okinawa. Ein früherer Radiomoderator, der sich einerseits ganz dem Widerstand gegen den Ausbau der bestehenden US-Basis Schwab in Henoko verschrieben hat.

O-Ton Tamaki (overvoice)

„Wir werden auf keinen Fall zurückschrecken oder den Mut verlieren. Unser Sieg mag schwierig sein, aber wir werden unter keinen Umständen aufgeben!“

Andererseits ist ihm - selbst Sohn eines US-Soldaten und einer Japanerin - wichtig, zu betonen:

O-Ton Tamaki (overvoice)

„Ich unterstütze die Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und Japan und will nicht, dass alle US-Basen auf Okinawa geschlossen werden.“

Doch die Last müsse geteilt werden, macht er im Klub ausländischer Journalisten klar.

O-Ton Tamaki (overvoice)

„Ich versuche auf nationaler und internationaler Ebene verständlich zu machen, dass die Sicherheitsfrage eine zwischen den USA und ganz Japan ist.“

Doch bisher ohne Erfolg. Der Zorn Tamakis und vieler anderer Bewohner Okinawas hat eine lange Geschichte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Inselgruppe lange von den USA verwaltet, seit 1972 gehört sie wie-

der zu Japan. Doch davon merken die Bewohner wenig. Mehr als 30.000 US-Soldaten sind dort immer noch stationiert, denn die Inselgruppe hat für die USA strategische Bedeutung im Ostchinesischen Meer. Im Vietnamkrieg flogen die Amerikaner von hier ihre Einsätze. Stein des Anstoßes ist die seit Jahrzehnten bestehende Basis Futenma in Ginowan, im Südwesten Okinawas. Sie liegt mitten in einem Wohngebiet mit fast 100.000 Einwohnern.

Atmo

Mehrmals am Tag starten von hier aus Militärflugzeuge und Helikopter zu Übungsflügen - direkt über den daneben liegenden Schulhof hinweg.

O-Ton Tobaru (overvoice)

„Wenn der Aufpasser von den US-Militärs die Nachricht bekommt, ruft er sofort ins Mikrofon. Und dann suchen die Kinder Schutz in den beiden Unterständen.“

Die Unterstände wurden gebaut, nachdem die Scheibe eines Hubschraubers im Winter 2017 während einer Sportstunde auf den Schulhof gefallen war. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt. Die 12-jährige Aki erinnert sich noch ganz genau:

O-Ton Aki (overvoice)

„Der Unfall hat mich wirklich schockiert. Aber jetzt habe ich mich schon wieder daran gewöhnt. Aber es nervt natürlich, dass unser Sportunterricht oft unterbrochen wird.“

Das Problem: Dieser Zwischenfall war nicht der Einzige: Mehrfach sind US-Soldaten durch schlechtes Benehmen aufgefallen, dazu kommen der ständige Lärm und die Verschmutzung. Eigentlich sollte diese US-Basis schon längst geschlossen sein und keine andere ausgebaut werden, erinnert Schulleiter Tobaru. Von der Zentralregierung in Tokio fühlen sich viele verraten:

O-Ton Tobaru (overvoice)

„Als Japan und die USA 1996 die Schließung Futenma vereinbart hatten, haben wir uns so gefreut. Bis wir drei Monate später erfuhren, dass die Basis nur verlegt werden soll.“

Und zwar in die etwa 50 km entfernte Bucht von Henoko in der Mitte der Insel, einem bis dahin unberührten Stück Natur mit einem der vielfältigsten Biotope

Japans und Meerzugang. Dort liegt bisher, auf einem Hügel, nur das kleinere Camp Schwab. Damit die Airbase Futenma geschlossen werden kann, muss das bestehende Camp umfangreich ausgebaut werden, argumentiert die Regierung in Tokio.

Atmo

Mit Kanus paddeln Umweltschützer in der Bucht in die schwimmende Barriere. Sie wollen verhindern, dass weiter Schüttgut zur Baustelle gebracht wird und so weiter Fakten geschaffen werden. Seit vergangenem Herbst haben dort umfangreiche Bauarbeiten begonnen.

Der Student Jinshiro Motoyama repräsentiert die Gruppe für das Okinawa Referendum. Er ist begeistert davon, dass so viele Menschen - egal welcher gesellschaftlichen Schicht und welchen Alters - gegen den Ausbau Henokos mobil machen. Für die Regierung in Tokio hat er hingegen kein positives Wort übrig:

O-Ton Motoyama (overvoice)

„Über das Aufschütten von Henoko sagt die japanische Regierung, man müsse das sorgfältig erklären und die Menschen auf Okinawa begleiten. Aber das klingt alles nicht ehrlich. Die Art und Weise, wie sie die Dinge vorantreibt oder warum der Ausbau überhaupt nötig ist, dazu gibt es keine Erklärung.“

Und tatsächlich klingt es bei dem rechtskonservativen Regierungschef Shinzo Abe eher so, als wolle er in erster Linie beschwichtigen.

O-Ton Abe (overvoice)

„Es gibt einige bedrohte Tierarten, die dort am Sandstrand leben. Diese werden an andere Strände umgesiedelt. Bei den Arbeiten bemühen wir uns, die Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich zu halten. Es ist ohne Frage wichtig, die Gefühle der Menschen von Okinawa ernst zu nehmen und mit ihrem Einverständnis zu arbeiten.“

Doch der Regierungschef weiß genau: Nur Okinawas Gouverneur muss das Ergebnis des Referendums respektieren. Und sollte ein Viertel der Wahlberechtigten gegen den Ausbau Henokos stimmen, Tokio und Washington darüber informieren. Die müssen dann aber nicht handeln - sollten sie aber viel-

leicht, sagt Hiromori Maedomari, Professor an der Okinawa International University:

O-Ton Maedomari (overvoice)

„Das Referendum ist kein Problem Okinawas. Wenn der Wille der Bewohner niedergetrampelt wird, dann stellt sich die Frage, wie demokratisch dieses Land eigentlich ist. Ich sehe die Bedeutung dieses Okinawa-Referendums darin, dass das Volk gefragt wird, ob dies zutrifft oder nicht.“

Obwohl die USA signalisiert haben sollen, auch einen anderen Standort in Japan zu akzeptieren, hält die Regierung in Tokio daran fest. Shinzo Abe will Bündnistreue beweisen und den Amerikanern gerade jetzt, in dem zugespitzten Konflikt mit China, keine neuen Probleme schaffen. Für eine Verlegung außerhalb Okinawas müsste er außerdem in eine Konfrontation mit anderen Präfekturen gehen - kein guter Zeitpunkt, denn in diesem Jahr sind Oberhauswahlen in Japan und Abe ist politisch angeschlagen. Allerdings gibt es nicht nur Gegner, sondern auch Befürworter für einen Ausbau der bestehenden Basis in Henoko.

Atmo

Tomoteru Tamari betreibt dort das Restaurant Washington und hofft dadurch auf mehr Kundschaft:

O-Ton Tamari (overvoice)

„Wenn Futenma jetzt hierher verlagert wird, dann kann man dagegen nichts machen. Ich finde das sogar gut. So einen Flughafen können wir vielleicht eines Tages auch zivil nutzen, das würde die Entwicklung hier enorm vorantreiben.“

Das mag für ihn zutreffen, doch insgesamt ist Okinawa, das zu den ärmsten Regionen Japans gehört, wirtschaftlich schon längst nicht mehr auf die US-Basen angewiesen. Sie tragen nur noch mit vier Prozent zum Gesamteinkommen bei. Und die Inselgruppe will sich weiterentwickeln, zum Beispiel im Tourismus, wie Gouverneur Denny Tamaki nicht müde wird, zu betonen:

O-Ton Tamaki (overvoice)

„Okinawa ist das Einfallstor Richtung Asien und könnte zum Brückenpfeiler zwischen Asien und dem übrigen Japan werden, wie sich bereits an der Dynamik auf Okinawa zeigt.“

Atmo

Doch das wird natürlich schwer, wenn direkt neben dem Strand dauernd Flugzeuge starten und landen.

* * *

Flocken:

Soweit Kathrin Erdmann.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen - unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.